



CDU brennt Feuerwerk der Initiativen ab

Für einen Samstag ist die Berliner CDU heute besonders aktiv. Zwischen 10:34 und 13:13 Uhr wurden fünf Pressemitteilungen versandt, drei davon zwischen 10:34 und 10:39 Uhr. So viele Pressemitteilungen bekommt man von der SPD nicht einmal in einem Monat. Natürlich, einschränkend gesagt, hängt es damit zusammen, dass sich der Landesvorstand der CDU zu einer Klausur in Rheinsberg trifft. Werfen wir einen Blick auf die Themen:

10:34 Uhr

CDU fordert Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten

Auf der Klausur wurde ein Positionspapier mit dem Titel: „Der soziale Frieden darf nicht Opfer von Putins Krieg werden: Entlastung - aber richtig“, beschlossen. Mit den Maßnahmen sollen die sozialen Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine abgefedert werden. Wesentliche Bestandteile dieses Maßnahmenpakets sind unter anderem die Einführung einer Energiepreisbremse, eine Energiepreispauschale für Rentner und Studenten sowie die Einrichtung eines Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten. Leistungsempfänger sollen durch einen Inflationsmechanismus entlastet werden. Darüber hinaus soll der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiver werden, indem ein 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV eingeführt wird.



Berlins CDU-Chef **Kai Wegner** sagt: „Dieser fürchtbare Krieg darf nicht die kleinen Leute treffen. Umso unverständlicher ist es, dass der Bund jetzt Geldgeschenke verteilt, dabei aber Rentner und Studenten im Regen stehen lässt. Heizung und Sprit müssen bezahlbar bleiben. Auch in Krisenzeiten müssen ganz normale Menschen, die tagtäglich hart für ihr Geld arbeiten gehen, ihr Auto volltanken können. Der Bund muss schnell die Mehrwertsteuer auf Energie senken. Es darf nicht sein, dass der Staat auch noch an den höheren Preisen mitverdient.“ Foto: Yves Sucksdorff

Heizung und Sprit müssen bezahlbar bleiben. Auch in Krisenzeiten müssen ganz normale Menschen, die tagtäglich hart für ihr Geld arbeiten gehen, ihr Auto volltanken können. Der Bund muss schnell die Mehrwertsteuer auf Energie senken. Es darf nicht sein, dass der Staat auch noch an den höheren Preisen mitverdient.“ Foto: Yves Sucksdorff

10:38 Uhr

Berlin-Pakt für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung

Die Befreiung aus der Abhängigkeit von russischer Energiezufuhr ist zwingend erforderlich: Hierzu hat der Landesvorstand der CDU Berlin auf seiner Klausur einen „Berlin-Pakt für eine stabile und bezahlbare Energieversorgung“ beschlossen. Kernpunkte des energiepolitischen Positionspapiers sind unter anderem die unverzügliche Einrichtung eines Krisenstabs, der die Entwicklung der Energieversorgung der Hauptstadt laufend bewertet und Vorbereitungen für eine Eskalation der Lage trifft. Ziel des Krisenstabs ist es, die Energieversorgung der Berliner Bevölkerung und Unternehmen bestmöglich im Falle einer Verknappung sicherzustellen.

Darüber hinaus fordert die CDU Berlin den Bundesgesetzgeber auf, unbürokratische Genehmigungen für die Schaffung zusätzlicher Infrastruktur zu ermöglichen. Falls nötig, soll der verlängerte Betrieb sicherer Kernkraftwerke und die Reaktivierung von Kohlekraftwerken ermöglicht werden. Des Weiteren sollen Berliner Energieversorger unterstützt werden, einen Vorrat an notwendigen Brennstoffen anzulegen. Zusätzliche Kernelemente des Berlin-Paktes: der beschleunigte Umstieg von fossilem zu klimaneutralem Gas, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Entwicklung einer umfassenden Wasserstoff-Strategie für die Metropolregion Berlin-Brandenburg und das Auflegen eines Landesprogramms zur Förderung von umweltfreundlichen Heizungen.

10:39 Uhr

CDU Berlin gründet bundesweit den ersten digitalen Kreisverband

Auf ihrer Klausurtagung hat die CDU auch beschlossen, einen digitalen Kreisverband zu gründen. „Seit heute ist die CDU Berlin der bundesweit erste Landesverband mit einem rein digitalen Kreisverband. Wir sind die Mitmachpartei, darum schaffen wir ein weiteres Angebot der inhaltlichen Beteiligung. Mit dem digitalen Kreisverband untermauern wir zudem einmal mehr unseren Anspruch, die Digitalpartei Berlins zu sein.“, sagt **Kai Wegner**.

12:26 Uhr

Ukrainische Flüchtlinge: CDU verabschiedet Paket an Sofortmaßnahmen

Berlin hat Verantwortung für tausende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. In einem weiteren Positionspapier fordert die Berliner CDU, die unverzügliche Einberufung eines Runden Tisches mit den Betreibern aus dem Gastgewerbe. Aktuell sind in Berlin die



Hotels und Hostels nur zu 15 bis 20 Prozent ausgelastet. Tausende Betten wären sofort verfügbar, um den Geflüchteten eine menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen. Es ist unerfindlich, warum diese Kapazitäten bis zur Stunde ungenutzt bleiben.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, die Geflohenen binnen 24 Stunden zu registrieren. Im Zuge dieses Registrierungsprozesses müssen auch Fragen des Verbleibs oder der Verteilung geklärt werden, damit der Staat seine Fürsorgepflicht ausüben kann. Zudem muss eine gesundheitliche Ersteinschätzung vorgenommen werden, um den Menschen eine medizinische Versorgung anbieten zu können. Dabei sollen die Kriegsflüchtlinge auch Angebote für Schutzimpfungen erhalten. Der Schutz geflohener Kinder und Frauen hat für die Berliner CDU oberste Priorität. Deshalb fordert sie die Einrichtung eines Schutzbereichs bereits an den Ankunftsstellen, von wo aus eine lückenlose Begleitung bis hin zum Unterbringungsort gewährleistet wird.

Die CDU Berlin fordert, dass der Senat frühzeitig damit beginnt, Erweiterungsplanungen für Standorte von Ankunftsstellen vorzubereiten, damit es bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen nicht zu Engpässen kommt. Der Senat muss auch Einrichtungen zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen schaffen, die positiv auf Corona getestet sind. Darüber hinaus schlägt die CDU die Einsetzung eines Expertenrates vor, der externen und interdisziplinären Sachverstand einbringt. Ein solches Gremium hatte sich nicht zuletzt bei der Coronakrise bewährt. Der Senat ist aufgefordert, unverzüglich Vorschläge zur Besetzung dieses Rats zu unterbreiten.

13:13 Uhr

Metropolenmanager für die Hauptstadtregion

Die Region Berlin-Brandenburg gehört zu den dynamischsten Wachstumsregionen Deutschlands. Doch fehlt es bislang an einem belastbaren institutionellen Fundament. Um die Region strategisch weiterzuentwickeln, hat die CDU Berlin noch ein Positionspapier beschlossen, Titel „Berlin und Brandenburg - zwei Länder, eine Metropolregion“.

Wichtigstes Entscheidungsgremium soll demnach eine Metropolraumkonferenz sein, der die Kabinette beider Bundesländer, die Bürgermeister der teilnehmenden Gemeinden sowie der Berliner Bezirke angehören. Parlamentarisch begleitet und kontrolliert soll dieses Gremium dann durch einen gemeinsamen Metropolenausschuss der Parlamente beider Länder werden. Fachlich soll die Metropolregion unter anderem die Zusammenarbeit bei der Wohnbauland-

Entwicklung stärken, die Raumordnung und Regionalplanung harmonisieren, eine gemeinsame Standortpolitik vorantreiben und die Verkehrspolitik beider Länder koordinieren.

Kai Wegner: „Nach fünf Jahren rot-rot-grünen Stillstands ist es an der Zeit, die Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion auf eine neue Grundlage zu stellen. Wir wollen feste Strukturen schaffen und die Kompetenzen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr planmäßig vernetzen. Eine engere Abstimmung von Berlin und Brandenburg wäre ein riesiger Gewinn für die Menschen. Wenn beispielsweise durch eine leistungsfähige Schienen-Infrastruktur und bessere Park-and-Ride-Möglichkeiten die Pendlerverkehre besser abgewickelt werden können, werden Berliner und Brandenburger gleichermaßen davon profitieren. Die Tesla-Ansiedlung darf nicht der letzte Höhepunkt einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte beider Länder sein.“

Anmerkungen:

Es ist die Aufgabe der Opposition, sich Gedanken zu machen. Vieles von dem, was die CDU beschlossen hat, könnten sicherlich auch Sozialdemokraten, allen voran **Franziska Giffey** unterschreiben. Beobachten wir also, ob einige der Gedanken der CDU Eingang in die Senatspolitik finden. Gerade in schwierigen Zeiten sollte eine Regierung über ihre Parteigrenzen hinweg denken können.

Quelle: CDU Berlin
Zusammenstellung, Einleitung und Anmerkungen: Ed Koch